56. Jahrgang. № 116. Sonntag, 28. April 1912.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gegen Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen geliefert. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf., **Familien-Nachrichten aus Dresden** 15 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach **Sonn- und Feiertagen** die einspaltige Grundzeile 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: **Nachrichten Dresden.**
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Gegründet 1862. J. A. Bruno **König** — **Brautmöbel** — Dresden-N., Kamenzer Strasse 27 :: :: Dresden-A., Amalienplatz und Ringstrasse. — Illustr. Katalog bitte verlangen.

RAUM KUNST — Brautleute kaufen am vorteilhaftesten in der **„Raumkunst"** Dresden-A., Viktoriastraße 5/7. Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schlager: Preßstoffmöbel (D. R.-P.). Elegant — Praktisch — Billig.

Glaswaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn**, Inh. Richard Rihl, Königl. Sächs. Hoflieferant, Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18.

Tennis- und Sport-Ausstellung in meinem neuen Ausstellungs-Saal Kgl. Sächs. Hoflieferant **B. A. Müller**, Prager Straße 32 34.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.**, Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Nordwestwinde, wollig, kühl.

Der König fuhr gestern nachmittag von Danzig nach Elbing zur Besichtigung der Schichauwerftanlagen und trifft heute wieder in Dresden ein.

Der Verein Sächsischer Gemeindebeamten tagt vom 8. bis 10. Juni in Aue.

Der 11. Sächsische Bezirksschmiedetag findet am 4. und 5. Mai in Zwickau statt.

Im Methylalkoholprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen den Hauptangeklagten Scharmach 5 Jahre Gefängnis.

In Konstantinopel wird heute das Fest der Thronbesteigung des Sultans in großem Stile gefeiert.

In einem Pekinger Ministerrate wurde die Abschaffung der Titel in China beschlossen.

Jesuitendebatten.

Gleichzeitig haben der deutsche Reichstag und der sächsische Landtag sich mit dem Jesuitenerlaß der bayrischen Regierung befaßt, und da auch in diesen Tagen der bayrische Landtag zu derselben Frage Stellung nehmen wird, so dürften die Jesuiten wieder einmal im Mittelpunkte des politischen Interesses stehen. Anlaß zu diesen Debatten gab der Versuch des Ministeriums Hertling, dem Begriff der Ordenstätigkeit eine neue Auslegung zu geben. Nach dem bestehenden Jesuitengesetz, das allerdings nur noch ein Torso ist, ist den Angehörigen des Jesuitenordens die Ausübung einer Ordenstätigkeit, insbesondere in Kirche und Schule, nicht gestattet. Der Begriff der Ordenstätigkeit selber ist aber bisher nicht näher definiert worden; immerhin bestand eine stillschweigende Uebereinstimmung in sämtlichen Bundesstaaten, nach der jede Art der seelsorgerischen und priesterlichen Tätigkeit der Jesuiten verboten wurde. Allerdings wurden auch die sogenannten „Konferenzvorträge" zuweilen gestattet, wenn sie in profanen Räumen stattfanden. Der jüngste Erlaß der bayrischen Regierung weicht nun vor dieser Auffassung insofern ab, als die Konferenzvorträge auch dann gestattet werden sollen, wenn sie in Kirchenräumen stattfinden und sich die Gelegenheit zum Empfange der Sterbesakramente damit verbindet.

Hiergegen richtete sich nun die nationalliberale Interpellation im Reichstage. Der bayrische Erlaß war sicherlich mit dem Gedanken der Reichseinheit nicht vereinbar, und da außerdem das Zentrum seinen alten Antrag im Reichstage auf Aufhebung des Jesuitengesetzes erneuert hat, so war der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, daß der Ultramontanismus wieder Morgenluft wittert. Das Zentrum ist ja dank der glorreichen Wahlen des Jahres 1912 wieder zur ausschlaggebenden Partei geworden. Gewiß, von dem eigentlichen Jesuitengesetze ist wenig übrig geblieben. In zielbewußter Minierarbeit ist ein Stück nach dem andern abgebrochen worden, und es ist sehr wohl möglich, daß in absehbarer Zeit auch der letzte Rest dem übrigen nachfolgen wird. Die mit sozialistischer Hilfe in den Reichstag gewählten liberalen Abgeordneten haben ja ausdrücklich erklären müssen, gegen jedes Ausnahmegesetz zu stimmen. Das wird die überzeugten evangelischen Kreise aber nicht hindern, mit aller Macht gegen das Vordringen des Jesuitenordens zu kämpfen. Dieser Orden ist und bleibt eine staatsgefährliche Organisation, dafür haben wir Zeugnis aus gut katholischem Munde. Fürst Chlodwig Hohenlohe, der spätere Reichskanzler und frühere bayrische Ministerpräsident, hat sich im Jahre 1872 in einem Briefe an seinen Schwager, den Fürsten Friedrich Karl zu Hohenlohe-Waldburg, hierüber klar geäußert. Es heißt in diesem Schreiben, das wohl verdient, unvergessen zu bleiben. „Der Jesuitenorden kann gar nicht anders, als ein Reich bekämpfen, dessen Grundlage die Parität der Konfessionen ist. Eine Grundlage, die der Orden nie anerkannt hat und nie anerkennen wird. Folgerecht ist ihm die protestantische Hohenzollerndynastie an der Spitze von Deutschland ebenso verhaßt. Ich glaube, ein Jesuit würde es für eine Beleidigung ansehen, wenn man von ihm annähme, daß er ein Förderer des neuen Deutschen Reiches sein könnte ... Es wundert mich, daß einem Historiker die Analogie entgangen ist, welche zwischen den heutigen Kämpfen mit der römischen Kurie und den Kämpfen des Mittelalters doch offenbar besteht. Was mich betrifft, so stehe ich auf der Seite der Waiblinger und will da stehen bis zu meinem Ende."

Der das schrieb, war selber Katholik, er kannte seine Pappenheimer; und als sein Schwager fortfuhr, ihn mit Vorwürfen zu überhäufen, entgegnete ihm der Fürst: „Es kann vom katholischen Standpunkt aus beklagt werden, daß wir nicht ein katholisches Reich mit einer katholischen Dynastie sind. Allein dieses objektive Bedauern darf nicht zur Richtschnur der Politik gemacht und ebensowenig darf geduldet werden, daß es jemand in Deutschland zum Ausgangspunkte seiner Angriffe gegen Deutschland macht. Das haben die Jesuiten seit dem Bestehen des Ordens getan, und dazu sind sie gegründet, das heißt zur gewaltsamen Vertilgung des Protestantismus ... Wenn Du mir vorwirfst, daß ich als katholischer Fürst unrecht habe, mich dabei (beim Kampf gegen die Jesuiten) zu beteiligen, so sage ich Dir, daß ich vor allem deutscher Fürst bin und als solcher meine Pflicht tun muß." Fürst Chlodwig hat diesen Standpunkt immer vertreten und ist als gutgläubiger Katholik gestorben. Ihm schien der Jesuitenorden eine schwere Gefahr für das Reich zu sein. Er befand sich damit in Uebereinstimmung mit unserem großen nationalen Historiker Heinrich von Treitschke, der in seiner „Politik" über die Jesuiten folgendes Urteil gefällt hat: „Für die Jesuiten ist die Kirche der allein unmittelbar von Gott gesetzte Staat; folglich hat kein weltlicher Staat das Recht, zu sein, wenn er nicht der Kirche gehorcht und dient. Tut er das nicht, so kann er beseitigt werden. Daher lehren sie sogar den Fürstenmord, und die Ermordung des dritten und des vierten Heinrich von Frankreich ist vollführt worden von Jesuitenschülern." Im übrigen weisen wir auf die soeben erschienene Schrift des Exjesuiten Grafen Paul von Hoensbroech „Das Jesuitengesetz" (Verlag von Breitkopf & Härtel, Leipzig) hin, die in gedrängter Form einen klaren Ueberblick über das Wesen des Jesuitenordens gibt. Wir Evangelische haben also allen Grund, wachsam zu sein.

Der Kanzler hatte bei der Besprechung der Interpellation insofern leichtes Spiel, als er nachweisen konnte, daß die Reichsregierung den bayrischen Vorstoß nicht stillschweigend hingenommen hatte. Der bayrische Erlaß war jedoch letzten Endes nur dadurch möglich gewesen, daß eine bestimmte Definition des Begriffs der Ordenstätigkeit nicht vorliegt. Infolgedessen hat die bayrische Regierung jetzt beim Bundesrat den Antrag gestellt, eine Definition endgültig festzustellen. Sie hat damit zweifellos durchaus loyal gehandelt. Diesen Bundesratsbeschluß wird man also abwarten müssen. Immerhin ist es ein bemerkenswertes Symptom, daß eine solche Definition überhaupt notwendig ist, nachdem 40 Jahre lang die Handhabung des Gesetzes in allen Bundesstaaten eine gleichmäßige gewesen ist. Hoffentlich wahren die verbündeten Regierungen die Interessen des Reiches und unserer evangelischen Kirche in der nunmehr zu fassenden Definition, damit den Jesuiten nicht ein neues Hintertürchen geöffnet wird.

So angebracht die Interpellation im Reichstag war, da sie wesentlich zur Klärung des Sachverhaltes beigetragen hat, so überflüssig mußte der Angriff des Abgeordneten Nitzschke im sächsischen Landtag erscheinen. Es ist nicht angängig, im Parlament einen verbündeten Staat in dieser Weise anzugreifen, wie der Abgeordnete Nitzschke es tat, und es war begreiflich, daß Graf Vitzthum in sehr energischer Weise dagegen Front machte. Im übrigen hat speziell Sachsen keine Veranlassung, eine Jesuitengefahr zu befürchten. Wie der Kultusminister Dr. Beck des näheren ausführte, ist durch die sächsische Verfassungsurkunde jede Tätigkeit der Jesuiten im Lande unmöglich gemacht. Wir besitzen in dieser Bestimmung einen kostbaren Schatz, an dem wir nicht rütteln lassen dürfen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die sächsische Regierung diesen Standpunkt auch im Bundesrat nachdrücklich vertreten wird. Im Interesse der Sache aber liegt es, wenn man die Besprechung von Reichsangelegenheiten möglichst dem Reichstag überläßt. In den Einzellandtagen werden bei derartigen Besprechungen keine greifbaren Resultate erzielt. Jedes ziellose Hin- und Herreden aber schadet der guten Sache.

—o.

Drahtmeldungen

vom 27. April.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des **Etats der Reichseisenbahnen** wird fortgesetzt. — Abg. Roßmann (Zentr.) wünscht weitere Ausdehnung des Eisenbahnnetzes auch auf die landwirtschaftlichen Gegenden und Vorsorge gegen die Ueberlastung der Arbeiterzüge, Heizung derselben usw. Keine Arbeitergruppe stehe so treu zu ihrer Verwaltung wie die Eisenbahnarbeiter. Er bitte deshalb auch, die Wünsche der Eisenbahnarbeiter zu berücksichtigen. — Minister von Breitenbach erwidert als Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen auf die gestrigen Ausführungen Lieschings, der einen Ausgleichsfonds aus den Ueberschüssen wünschte, daß die Rente der Reichseisenbahnen noch nicht darnach sei, um die Schaffung eines Ausgleichsfonds zu ermöglichen. Was Herr Weill wolle, sei eine Societa Leonina. Er wolle die Verwaltung, die Etataufstellung den Reichslanden geben und dem Reiche das finanzielle Risiko überlassen. Seine Vorschläge widersprächen auch seinem Prinzip der Reichseisenbahngemeinschaft, denn er wolle eine Partikularverwaltung schaffen mit den Mängeln kleinerer Verwaltungen. Es sei aber wohl auch mehr Preußenhaß, was ihn leite. Die Erhöhung der Arbeiterlöhne finde ihre Grenze auch in der Rücksicht auf die Industrie. Auf dem Gebiete der Pensionseinrichtungen sollen nach dem preußischen Vorbilde die Interessen unserer Arbeiterschaft weiter gefördert werden. Im übrigen äußerte sich Redner über die Fahrkartensteuer (siehe Abendblatt). — Abg. Dr. Will (Zentr.-Els.) verlangt zur Entlastung der oberelsässischen Linie von Colmar nach Mülhausen eine neue Hauptlinie im Rheintal mit Nebenbahnen und kritisiert die Anstellungs-, Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der Eisenbahner. — Abg. Böttger (natl.) empfiehlt die Wünsche verschiedener Beamten- und Arbeiterkategorien. — Abg. Werner (Wirtsch. Vgg.) spricht gegen die Konkurrenz, die die Eisenbahnkonsumvereine dem Mittelstande machen, verlangt eine reichsgesetzliche Regelung der Ruhezeit, ein Eingreifen gegen das Plakatunwesen auf den Bahnhöfen und befürwortet Beamtenwünsche. — Abg. Peirotes (Els., soz.): Wir Elsässer würden unsere Forderungen lieber in Straßburg vorbringen, dort würden wir ein williges Ohr finden als hier, aber bei der Beratung der Verfassung hat uns der Reichstag die Eisenbahnhoheit verweigert. Hätten wir doch wenigstens ein Mitbestimmungsrecht bei der Ausführung. Zur Beseitigung der Hungerlöhne ist nichts getan worden. Das Sparsystem treibt nette Blüten. — Abg. Schiffer (Zentr.): Die Verwaltung muß beachten, daß die Sozialdemokraten sich eifrig um die Werkstättenarbeiter bemühen. Selbstverständlich wünschen wir keine Scharfmacherei. Redner fordert einen Zentralarbeiterausschuß in Straßburg. — Minister v. Breitenbach erklärt noch, der Vogesendurchstich könne nur in die Wege geleitet werden, wenn wir auch in Frankreich Gegenliebe fänden. Das sei bisher noch nicht der Fall. Es werde ständig geprüft, ob die Löhne den jeweiligen Verhältnissen angepaßt sind. Die Akkordlöhne der Güterbodenarbeiter sollen revidiert werden. — Abg. Winded (Lothringer) fordert Vervollkommnung des Eisenbahnnetzes für das lothringische Erzgebiet. — Die Aussprache schließt. Bei der Abstimmung über eine sozialdemokratische Resolution, die Lohnzahlung auch für die Wochenfeiertage fordert, bleibt das Bureau über die Beschlußfähigkeit des Hauses im Zweifel. Beim Hammelsprung stimmen mit Nein 43, mit Ja 36 Abgeordnete. Das Haus ist somit beschlußunfähig. Schluß 1 Uhr. — Montag 1 Uhr Weiterberatung, dann Kolonialetat.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause brachte in der fortgesetzten Beratung des Etats des Innern Abg. Dr. Bell (Zentr.) paritätische Beschwerden vor. Er beschwerte sich darüber, daß die Katholiken bei Besetzung der höheren Verwaltungsstellen zurückgesetzt würden. Ferner führte er aus, das größte Hindernis einer Wahlreform sei die Sozialdemokratie. — Minister v. Dallwitz erklärte die Beschwerde über unparitätische Behandlung der Katholiken bei der Annahme von Beamten für unberechtigt; ebenso beschwerte sich ein nationalliberaler Abgeordneter über Bevorzugung der agrarisch-konservativen Richtung und des Adels bei der Besetzung höherer Verwaltungsstellen. Er weist dies ziffernmäßig nach. — Abg. Dr. v. Woyna (freikons.) bedauerte, daß nicht nur die Regierungen, sondern sogar auch eine Reihe von Dynastien in Europa der Entwicklung der Demokratie gegenüber Sorglosigkeit, ja Entgegenkommen zeigten. Umsofreudiger könne für Preußen konstatiert werden, daß seine Regierung dem äußersten Flügel der Demokratie eine nichtmißverständliche Absage erteilt habe. Ferner konstatiert Redner noch, daß Herr v. Zedlitz bei Anwendung des Sprichwortes vom Hehler und Stehler nicht daran gedacht habe, die Freisinnigen zu beleidigen. — Abg. Lohmann (natl.) wünscht eine möglichst rasche Wahlreform. Das Zentrum habe mit Rücksicht auf die Konservativen die Wahlreform zum Scheitern gebracht. Weiter bedauert Redner den Rückgang des Geburtenüberschusses, seit 1876 in Berlin auf die Hälfte. Hier würden Ehen in der Absicht geschlossen, überhaupt keine Kinder zu haben. (Heit.